

16. 10. 92

U

13 Seiten

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 4. Dezember 1991 zur Erhaltung der Fledermäuse in Europa

A. Zielsetzung

Zahlreiche Fledermausarten sind als Folge der Zerstörung ihrer natürlichen Lebensräume in Europa in ihrem Bestand gefährdet oder gar vom Aussterben bedroht.

Für die Erhaltung dieser Tierarten ist es daher dringend erforderlich, im Rahmen einer engen internationalen Zusammenarbeit bedeutsame Lebensstätten wiederherzustellen und negative Umweltfaktoren wie z. B. den Einsatz von Schädlingsbekämpfungsmitteln zu reduzieren.

B. Lösung

Im Rahmen des Bonner Übereinkommens zur Erhaltung der wandernden wildlebenden Tierarten vom 29. Juni 1979 ist es möglich, sogenannte Regionalabkommen zu schließen, die den Schutz bestimmter Tierarten in ihrem Verbreitungsgebiet regeln.

Um die Erhaltung und den Bestand der europäischen Fledermausarten zu sichern, wurden im vorliegenden Abkommen eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, die langfristig zu einem stabilen Artenbestand führen sollen.

Für die Beratung bei der Erhaltung und Hege von Fledermäusen, insbesondere in Gebäuden, soll ein geeignetes Gremium benannt werden. Für die Bundesrepublik Deutschland soll die Bundesforschungsanstalt für Naturschutz und Landschaftsökologie als dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit nachgeordnete Stelle diese Aufgabe wahrnehmen.

Fristablauf: 27. 11. 92

Zur genaueren Beurteilung der Erhaltungssituation von Fledermäusen sollen ferner international koordinierte Forschungsprogramme gefördert werden.

Die Vertragsstaaten bemühen sich auch, den Einsatz von für Fledermäuse giftigen Chemikalien zu verringern.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Kosten für die Bundesrepublik entstehen durch das Abkommen zunächst keine, da das Vereinigte Königreich sich bereit erklärt hat, alle verwaltungsmäßigen Kosten für die ersten 3 Jahre nach Inkrafttreten zu übernehmen.

Inwieweit zu einem späteren Zeitpunkt eine Verwaltungsstruktur geschaffen wird, für die Kosten von den einzelnen Vertragsstaaten gemäß noch auszuarbeitenden Finanzbestimmungen zu übernehmen sind, läßt sich derzeit noch nicht absehen. Die entsprechenden Beträge werden ggf. im normalen Haushaltsverfahren beantragt werden.

Für die Haushalte der Länder und Gemeinden entstehen keine Ausgaben.

Es ergeben sich keine Auswirkungen auf das Verbraucherpreisniveau und auf die Einzelpreise, da Fledermäuse in der Bundesrepublik Deutschland nicht handelsrelevant sind und auch zu sonstigen Zwecken nicht käuflich erworben werden.

16. 10. 92

U

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 4. Dezember 1991 zur Erhaltung der Fledermäuse in Europa

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
021 (321) – 235 04 – FI 13/92

Bonn, den 16. Oktober 1992

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes den von
der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 4. Dezember 1991 zur
Erhaltung der Fledermäuse in Europa

mit Begründung und Vorblatt.

Federführend ist der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktor-
sicherheit.

Kohl

Fristablauf: 27. 11. 92

Entwurf**Gesetz
zu dem Abkommen vom 4. Dezember 1991
zur Erhaltung der Fledermäuse in Europa**

Vom

1992

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in London am 5. Dezember 1991 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Abkommen über die Erhaltung der Fledermäuse in Europa wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel XII für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz**Zu Artikel 1**

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Zu Artikel 2

Die Bestimmungen des Absatzes 1 entsprechen dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen vom 4. Dezember 1991 zur Erhaltung der Fledermäuse in Europa nach seinem Artikel XII für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

- a) Kosten für die Bundesrepublik Deutschland entstehen durch das Abkommen zunächst keine, da das Vereinig-

te Königreich sich bereit erklärt hat, alle verwaltungsmäßigen Kosten für die ersten 3 Jahre nach Inkrafttreten zu übernehmen.

Inwieweit zu einem späteren Zeitpunkt eine Verwaltungsstruktur geschaffen wird, für die Kosten von den einzelnen Vertragsstaaten gemäß noch auszuarbeitenden Finanzbestimmungen zu übernehmen sind, läßt sich derzeit noch nicht absehen. Die entsprechenden Beträge werden ggf. im normalen Haushaltsverfahren beantragt werden.

- b) Für die Haushalte der Länder und Gemeinden entstehen keine Ausgaben.
- c) Es ergeben sich keine Auswirkungen auf das Verbraucherpreisniveau und auf die Einzelpreise, da Fledermäuse in der Bundesrepublik Deutschland nicht handelsrelevant sind und auch zu sonstigen Zwecken nicht käuflich erworben werden.

Abkommen zur Erhaltung der Fledermäuse in Europa

Agreement on the Conservation of Bats in Europe

Accord relatif à la conservation des chauves-souris en Europe

Die Vertragsparteien –

eingedenk des am 23. Juni 1979 in Bonn zur Unterzeichnung aufgelegten Übereinkommens zur Erhaltung der wandernden wildlebenden Tierarten;

in Erkenntnis der ungünstigen Erhaltungssituation der Fledermäuse in Europa und außereuropäischen Arealstaaten und insbesondere der ernsthaften Bedrohung der Fledermäuse durch Rückgang des Lebensraums, Störung der Ruheplätze und bestimmte Schädlingsbekämpfungsmittel;

in dem Bewußtsein, daß die Gefahren für Fledermäuse in Europa und außereuropäischen Arealstaaten sowohl für die wandernden als auch für die nichtwandernden Arten bestehen und daß die Ruheplätze oft von wandernden und nichtwandernden Arten gemeinsam benutzt werden;

unter Hinweis darauf, daß die erste Tagung der Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens zur Erhaltung der wandernden wildlebenden Tierarten im Oktober 1985 in Bonn vereinbart hat, europäische Arten der CHIROPTERA (Rhinolophidae und Vespertilionidae) in Anhang II des Übereinkommens aufzunehmen, und das Sekretariat des Übereinkommens angewiesen hat, geeignete Maßnahmen zur Ausarbeitung eines Abkommens für diese Arten zu treffen;

überzeugt, daß der Abschluß eines Abkommens für diese Arten für die Erhaltung der Fledermäuse in Europa von großem Vorteil wäre –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel I

Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Abkommens

- (a) bedeutet „Übereinkommen“ das Übereinkommen zur Erhaltung der wandernden wildlebenden Tierarten (Bonn 1979);

The Contracting Parties;

Recalling the Convention on the Conservation of Migratory Species of Wild Animals opened for signature in Bonn on 23 June 1979;

Recognising the unfavourable conservation status of bats in Europe and non-European Range States and in particular the serious threat to them from habitat degradation, disturbance of roosting sites and certain pesticides;

Conscious that the threats facing bats in Europe and non-European Range States are common to both migratory and non-migratory species and that roosts are often shared by migratory and non-migratory species;

Recalling that the first meeting of the Conference of the Parties to the Convention on the Conservation of Migratory Species of Wild Animals held in Bonn in October 1985 agreed to add European species of CHIROPTERA (Rhinolophidae and Vespertilionidae) to Appendix II of the Convention and instructed the Secretariat of the Convention to take appropriate measures to develop an Agreement for these species;

Convinced that the conclusion of an Agreement for these species would greatly benefit the conservation of bats in Europe;

Have agreed as follows:

Article I

Scope and Interpretation

For the purposes of this Agreement:

- (a) "Convention" means the Convention on the Conservation of Migratory Species of Wild Animals (Bonn 1979);

Les Parties contractantes;

Rappelant la Convention sur la conservation des espèces migratrices appartenant à la faune sauvage ouverte à la signature à Bonn le 23 juin 1979;

Reconnaissant l'état défavorable de la conservation des chauves-souris en Europe et dans des Etats non européens de leur aire de répartition et en particulier la sérieuse menace que font peser sur elles la dégradation des habitats, la perturbation des gîtes et certains pesticides;

Conscientes que les menaces auxquelles sont exposées les chauves-souris en Europe et dans des Etats non européens de leur aire de répartition, sont communes aux espèces migratrices et non migratrices et que les gîtes sont souvent partagées par des espèces migratrices et non migratrices;

Rappelant que la première session de la Conférence des Parties à la Convention sur la conservation des espèces migratrices appartenant à la faune sauvage, qui s'est tenue à Bonn en octobre 1985, a convenu d'ajouter des espèces européennes de CHIROPTERA (Rhinolophidae et Vespertilionidae) à l'annexe II de la Convention et a chargé le Secrétariat de la Convention de prendre les mesures voulues pour élaborer un Accord portant sur ces espèces;

Convaincues que la conclusion d'un Accord pour ces espèces serait dans le plus grand intérêt de la conservation des chauves-souris en Europe;

Sont convenues de ce qui suit:

Article premier

Portée et interprétation

Aux fins du présent Accord:

- (a) le terme «Convention» désigne la Convention sur la conservation des espèces migratrices appartenant à la faune sauvage (Bonn 1979);

- (b) bedeutet „Fledermäuse“ die in Europa und außereuropäischen Arealstaaten vorkommenden europäischen Populationen der CHIROPTERA (Rhinolophidae und Vespertilionidae);
- (c) bedeutet „Arealstaat“ jeden Staat (gleichviel, ob er Vertragspartei des Übereinkommens ist), der über einen Teil des Verbreitungsgebiets einer von diesem Abkommen erfaßten Art Hoheitsgewalt ausübt;
- (d) bedeutet „Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration“ eine von souveränen Staaten gebildete Organisation, auf die dieses Abkommen Anwendung findet und die für die von dem Abkommen erfaßten Angelegenheiten zuständig und in Übereinstimmung mit ihren internen Verfahren ordnungsgemäß ermächtigt ist, das Abkommen zu unterzeichnen, zu ratifizieren, anzunehmen, zu genehmigen oder ihm beizutreten;
- (e) bedeutet „Vertragsparteien“ die Vertragsparteien dieses Abkommens, sofern sich aus dem Zusammenhang nichts anderes ergibt;
- (f) bedeutet „Europa“ den europäischen Kontinent.
- (b) "Bats" means European populations of CHIROPTERA (Rhinolophidae and Vespertilionidae) occurring in Europe and non-European Range States;
- (c) "Range State" means any State (whether or not it is a Party to the Convention) that exercises jurisdiction over any part of the range of a species covered by this Agreement;
- (d) "Regional Economic Integration Organisation" means an organisation constituted by sovereign States to which this Agreement applies and which has competence in respect of matters covered by this Agreement and has been duly authorised, in accordance with its internal procedures, to sign, ratify, accept, approve or accede to it;
- (e) "Parties" means, unless the context otherwise indicates, Parties to this Agreement;
- (f) "In Europe" means the continent of Europe.
- (b) le terme «Chauves-souris» désigne les populations européennes de CHIROPTERA (Rhinolophidae et Vespertilionidae) se trouvant en Europe ou dans des Etats non européens de leur aire de répartition;
- (c) les termes «Etat de l'aire de répartition» désignent tout Etat (qu'il soit ou non Partie à la Convention) qui exerce sa juridiction sur une partie quelconque de l'aire de répartition d'une espèce visée par le présent Accord;
- (d) les termes «Organisation d'intégration économique régionale» désignent une organisation constituée par des Etats souverains auxquels s'applique le présent Accord et qui a compétence dans les domaines sur lesquels porte le présent Accord et a été dûment autorisée, conformément à son règlement intérieur, à le signer, le ratifier, l'accepter, l'approuver ou y adhérer;
- (e) le terme «Parties» désigne, sauf indication contraire du contexte, les Parties au présent Accord;
- (f) les termes «en Europe» désignent le continent européen.

Artikel II

Allgemeine Bestimmungen

1. Dieses Abkommen ist ein ABKOMMEN im Sinne des Artikels IV Absatz 3 des Übereinkommens.

2. Dieses Abkommen befreit die Vertragsparteien nicht von ihren Verpflichtungen aus bestehenden Verträgen, Übereinkommen oder sonstigen Übereinkünften.

3. Jede Vertragspartei bezeichnet eine oder mehrere zuständige Behörden, denen sie die Verantwortung für die Durchführung des Abkommens überträgt. Sie übermittelt den anderen Vertragsparteien den Namen und die Anschrift ihrer Behörde(n).

4. Die Vertragsparteien legen im Benehmen mit den Vertragsparteien des Übereinkommens angemessene verwaltungsmäßige und finanzielle Unterstützung für das Abkommen fest.

Artikel III

Grundlegende Verpflichtungen

1. Jede Vertragspartei verbietet das absichtliche Fangen, Halten oder Töten von Fledermäusen, außer aufgrund einer Erlaubnis ihrer zuständigen Behörde.

2. Jede Vertragspartei bestimmt innerhalb ihres eigenen Hoheitsbereichs die für die Erhaltungssituation der Fledermäuse wichtigen Stätten, einschließlich der Zufluchts- und Schutzstätten. Unter Berücksichtigung notwendiger wirtschaftlicher und sozialer Erwägungen schützt sie diese Stätten vor Beschädigung oder Beunruhigung.

Article II

General Provisions

1. This Agreement is an AGREEMENT within the meaning of paragraph 3 of Article IV of the Convention.

2. The provisions of this Agreement shall not relieve Parties of their obligations under any existing treaty, convention or agreement.

3. Each Party to this Agreement shall designate one or more competent authorities to whom it shall assign responsibility for the implementation of this Agreement. It shall communicate the name and address of its authority or authorities to the other Parties to this Agreement.

4. Appropriate administrative and financial support for this Agreement shall be determined by its Parties in consultation with the Parties to the Convention.

Article III

Fundamental Obligations

1. Each Party shall prohibit the deliberate capture, keeping or killing of bats except under permit from its competent authority.

2. Each Party shall identify those sites within its own area of jurisdiction which are important for the conservation status, including for the shelter and protection, of bats. It shall, taking into account as necessary economic and social considerations, protect such sites from damage or disturbance. In addition, each Party shall en-

Article II

Dispositions générales

1. Le présent Accord est un ACCORD au sens du paragraphe 3 de l'Article IV de la Convention.

2. Les dispositions du présent Accord ne dispensent pas les Parties des obligations qu'elles ont contractées aux termes de tout traité, de toute convention ou de tout accord existant.

3. Chaque Partie au présent Accord désigne une ou plusieurs autorités compétentes auxquelles elle attribue la responsabilité de la mise en application du présent Accord. Elle communique le nom et l'adresse de son autorité ou de ses autorités aux autres Parties au présent Accord.

4. Le soutien administratif et financier qu'il convient d'accorder au présent Accord est déterminé par ses Parties en consultation avec les Parties à la Convention.

Article III

Obligations fondamentales

1. Chaque Partie interdit la capture, la détention ou la mise à mort intentionnelle des chauves-souris, sauf en vertu d'un permis délivré par son autorité compétente.

2. Chaque Partie identifie dans son propre ressort, les sites qui sont importants pour l'état de la conservation des chauves-souris, notamment pour leur abri et leur protection. En tenant compte au besoin des considérations économiques et sociales, elle protège de tels sites de toute dégradation ou perturbation. Par ailleurs, chaque

Darüber hinaus bemüht sich jede Vertragspartei, wichtige Futterplätze für Fledermäuse zu bestimmen und vor Beschädigung oder Beunruhigung zu schützen.

3. Bei der Entscheidung darüber, welche Lebensräume für allgemeine Erhaltungszwecke zu schützen sind, mißt eine Vertragspartei den Lebensräumen, die für Fledermäuse wichtig sind, angemessene Bedeutung bei.

4. Jede Vertragspartei trifft geeignete Maßnahmen zur Förderung der Erhaltung der Fledermäuse und weckt das öffentliche Bewußtsein für die Bedeutung ihrer Erhaltung.

5. Jede Vertragspartei überträgt einem geeigneten Gremium die Verantwortung für die Beratung über die Erhaltung und Hege von Fledermäusen innerhalb ihres Hoheitsgebiets, insbesondere hinsichtlich der Fledermäuse in Gebäuden. Die Vertragsparteien tauschen Informationen über ihre Erfahrungen in dieser Angelegenheit aus.

6. Jede Vertragspartei ergreift zusätzliche Maßnahmen, die sie zum Schutz der von ihr als bedroht erkannten Fledermauspopulationen für notwendig hält, und erstattet nach Artikel VI Bericht über diese Maßnahmen.

7. Jede Vertragspartei fördert gegebenenfalls Forschungsprogramme im Zusammenhang mit der Erhaltung und Hege von Fledermäusen. Die Vertragsparteien konsultieren einander über diese Forschungsprogramme und bemühen sich, die Forschungs- und Erhaltungsprogramme zu koordinieren.

8. Jede Vertragspartei prüft, soweit angebracht, bei der Beurteilung der Anwendung von Schädlingsbekämpfungsmitteln deren mögliche Wirkungen auf Fledermäuse und bemüht sich, Holzschutzchemikalien, die für Fledermäuse hochgiftig sind, durch ungefährlichere Alternativmittel zu ersetzen.

Artikel IV

Innerstaatliche Durchführung

1. Jede Vertragspartei beschließt gesetzgeberische und Verwaltungsmaßnahmen, die notwendig sind, um diesem Abkommen Wirksamkeit zu verleihen, und setzt sie in Kraft.

2. Dieses Abkommen beeinträchtigt nicht das Recht der Vertragsparteien, strengere Maßnahmen zur Erhaltung der Fledermäuse zu treffen.

Artikel V

Tagungen der Vertragsparteien

1. Es finden regelmäßige Tagungen der Vertragsparteien statt. Die Regierung des Vereinigten Königreichs beruft spätestens drei Jahre nach Inkrafttreten des Abkommens die erste Tagung der Vertragsparteien ein. Die Vertragsparteien beschließen Verfahrensregeln für ihre Tagungen sowie

endeavour to identify and protect important feeding areas for bats from damage or disturbance.

3. When deciding which habitats to protect for general conservation purposes each Party shall give due weight to habitats that are important for bats.

4. Each Part shall take appropriate measures to promote the conservation of bats and shall promote public awareness of the importance of bat conservation.

5. Each Party shall assign to an appropriate body responsibilities for the provision of advice on bat conservation and management within its territory particularly with regard to bats in buildings. Parties shall exchange information on their experiences in this matter.

6. Each Party shall take such additional action as it considers necessary to safeguard populations of bats which it identifies as being subject to threat and shall report under Article VI on the action taken.

7. Each Party shall, as appropriate, promote research programmes relating to the conservation and management of bats. Parties shall consult each other on such research programmes, and shall endeavour to co-ordinate such research and conservation programmes.

8. Each Party shall, wherever appropriate, consider the potential effects of pesticides on bats, when assessing pesticides for use, and shall endeavour to replace timber treatment chemicals which are highly toxic to bats with safer alternatives.

Article IV

National Implementation

1. Each Party shall adopt and enforce such legislative and administrative measures as may be necessary for the purpose of giving effect to this Agreement.

2. The provisions of this Agreement shall in no way affect the right of Parties to adopt stricter measures concerning the conservation of bats.

Article V

Meetings of the Parties

1. There shall be periodic meetings of the Parties to this Agreement. The Government of the United Kingdom shall call the first meeting of the Parties to the Agreement not later than three years after the date of entry into force of the Agreement. The Parties to the Agreement shall adopt rules of procedure

Partie s'efforce d'identifier et de protéger de toute dégradation ou perturbation les aires d'alimentation importantes pour les chauves-souris.

3. En décidant des habitats qu'il convient de protéger à des fins de conservation générale, chaque Partie prend dûment en considération les habitats qui sont importants pour les chauves-souris.

4. Chaque Partie prend des mesures appropriées en vue d'encourager la conservation des chauves-souris et œuvre à sensibiliser le public à l'importance de la conservation des chauves-souris.

5. Chaque Partie attribue à un organisme approprié la responsabilité de dispenser des conseils sur la conservation et la gestion des chauves-souris à l'intérieur de son territoire, en particulier en ce qui concerne les chauves-souris dans les bâtiments. Les Parties échangent des informations sur leurs expériences dans ce domaine.

6. Chaque Partie prend toutes mesures complémentaires jugées nécessaires pour sauvegarder les populations de chauves-souris qu'elle identifie comme étant menacées et rend compte, aux termes de l'Article IV, des mesures prises.

7. Chaque Partie s'attache, de la manière qui convient, à encourager les programmes de recherche portant sur la conservation et la gestion des chauves-souris. Les Parties se consultent au sujet de tels programmes de recherche et s'efforcent de coordonner de tels programmes de recherche et de conservation.

8. Chaque Partie prend en considération, le cas échéant, les effets potentiels des pesticides sur les chauves-souris lors de l'évaluation des pesticides en vue de leur emploi et s'efforce de remplacer les produits chimiques de traitement du bois qui sont hautement toxiques pour les chauves-souris, par des substituts moins dangereux.

Article IV

Mise en application au niveau national

1. Chaque Partie adopte et met en application toutes mesures législatives et administratives nécessaires pour donner effet au présent Accord.

2. Les dispositions du présent Accord ne portent atteinte en aucune façon au droit des Parties d'adopter des mesures plus strictes pour la conservation des chauves-souris.

Article V

Réunions des Parties

1. Des réunions périodiques des Parties au présent Accord sont organisées. Le Gouvernement du Royaume-Uni convoque la première assemblée des Parties au présent Accord au plus tard 3 ans après la date d'entrée en vigueur de l'Accord. Les Parties à l'Accord adoptent des règles de procé-

Finanzregeln, einschließlich der Bestimmungen über den Haushalt und des Beitragsschlüssels für die nächste Haushaltsperiode. Diese Regeln werden mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Vertragsparteien beschlossen. Beschlüsse aufgrund der Finanzregeln bedürfen der Dreiviertelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Vertragsparteien.

2. Auf ihren Tagungen können die Vertragsparteien die von ihnen für zweckmäßig erachteten wissenschaftlichen und sonstigen Arbeitsgruppen einsetzen.

3. Jeder Arealstaat oder jede Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration, die nicht Vertragspartei dieses Abkommens sind, das Sekretariat des Übereinkommens, der Europarat in seiner Eigenschaft als Sekretariat des Übereinkommens über die Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume sowie ähnliche zwischenstaatliche Organisationen können auf den Tagungen der Vertragsparteien durch Beobachter vertreten sein. Sonstige Gremien oder Organisationen, die auf dem Gebiet der Erhaltung und Hege von Fledermäusen fachlich qualifiziert sind, können auf den Tagungen der Vertragsparteien durch Beobachter vertreten sein, sofern nicht mindestens ein Drittel der anwesenden Vertragsparteien widerspricht. Auf den Tagungen der Vertragsparteien sind nur die Vertragsparteien stimmberechtigt.

4. Sofern in Absatz 5 nichts anderes vorgesehen ist, hat jede Vertragspartei eine Stimme.

5. Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration, die Vertragsparteien sind, üben in Fragen innerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs ihr Stimmrecht mit einer Stimmenzahl aus, die der Anzahl ihrer Mitgliedstaaten entspricht, die Vertragsparteien und zum Zeitpunkt der Abstimmung anwesend sind. Eine Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration übt ihr Stimmrecht nicht aus, wenn ihre Mitgliedstaaten ihr Stimmrecht ausüben, und umgekehrt.

dure pour leurs réunions et des règlements financiers, y compris les dispositions relatives au budget et au barème des contributions pour la période financière suivante. De tels règles et règlements sont adoptés à la majorité des deux tiers par les Parties présentes et votantes. Les décisions aux termes des règlements financiers doivent être prises à la majorité des trois quarts des Parties présentes et votantes.

2. At their meetings the Parties may establish such scientific and other working groups as they see fit.

3. Any Range State or Regional Economic Integration Organisation not a Party to this Agreement, the Secretariat of the Convention, the Council of Europe in its capacity as the Secretariat of the Convention on the Conservation of European Wildlife and Natural Habitats and similar intergovernmental organisations may be represented by observers at meetings of the Parties. Any agency or body technically qualified in the conservation and management of bats may be represented by observers at meetings of the Parties unless at least one-third of the Parties present object. Only Parties may vote at meetings of the Parties.

4. Except as provided for in paragraph 5 below, each Party to this Agreement shall have one vote.

5. Regional Economic Integration Organisations which are Parties to this Agreement shall, in matters within their competence, exercise their right to vote with a number of votes equal to the number of their Member States which are Parties to the Agreement and present at the time of the vote. A regional Economic Integration Organisation shall not exercise its right to vote if its Member States exercise theirs, and vice versa.

dure pour leurs réunions et des règlements financiers, y compris les dispositions relatives au budget et au barème des contributions pour la période financière suivante. De tels règles et règlements sont adoptés à la majorité des deux tiers par les Parties présentes et votantes. Les décisions aux termes des règlements financiers doivent être prises à la majorité des trois quarts des Parties présentes et votantes.

2. Lors de leurs réunions, les Parties peuvent, si elles jugent bon de le faire, établir des groupes scientifiques et d'autres groupes de travail.

3. Tout Etat de l'aire de répartition ou toute Organisation d'intégration économique régionale qui n'est pas Partie au présent Accord, le Secrétariat de la Convention, le Conseil de l'Europe en sa qualité de Secrétariat de la Convention sur la conservation de la faune sauvage et du milieu naturel en Europe, et des organisations intergouvernementales similaires peuvent être représentés par des observateurs aux réunions des Parties. Toute agence ou tout organisme techniquement compétent en matière de conservation et de gestion des chauves-souris peut être représenté par des observateurs aux réunions des Parties à moins qu'un tiers au moins des Parties présentes ne s'y oppose. Seules les Parties ont le droit de vote aux réunions des Parties.

4. Sous réserve des dispositions du paragraphe 5 ci-après, chaque Partie au présent Accord dispose d'une voix.

5. Les Organisations d'intégration économique régionale qui sont Parties au présent Accord exercent, dans les domaines qui sont de leur compétence, leur droit de vote avec un nombre de voix égal au nombre de leurs Etats membres qui sont Parties à l'Accord et présents au moment du vote. Une Organisation d'intégration économique régionale n'exerce pas son droit de vote si ses Etats membres exercent le leur, et vice versa.

Artikel VI

Berichte über die Durchführung

Jede Vertragspartei legt auf jeder Tagung der Vertragsparteien einen aktuellen Bericht über die Durchführung dieses Abkommens vor. Sie verteilt den Bericht spätestens neunzig Tage vor Eröffnung der ordentlichen Tagung an die Vertragsparteien.

Article VI

Reports on Implementation

Each Party shall present to each meeting of the Parties an up-to-date report on its implementation of this Agreement. It shall circulate the report to the Parties not less than 90 days before the opening of the ordinary meeting.

Article VI

Rapports sur la mise en application

Chaque Partie soumet à chaque réunion des Parties un rapport à jour sur sa mise en application du présent Accord. Elle communique le rapport aux Parties au moins 90 jours avant l'ouverture de la réunion ordinaire.

Artikel VII

Änderung des Abkommens

1. Dieses Abkommen kann auf jeder Tagung der Vertragsparteien geändert werden.

2. Änderungen können von jeder Vertragspartei vorgeschlagen werden.

Article VII

Amendment of the Agreement

1. This Agreement may be amended at any meeting of the Parties.

2. Proposals for amendment may be made by any Party.

Article VII

Amendement de l'Accord

1. Le présent Accord peut être amendé à toute réunion des Parties.

2. Toute Partie peut formuler des propositions d'amendement.

3. Der Wortlaut jeder vorgeschlagenen Änderung und deren Begründung werden dem Verwahrer mindestens neunzig Tage vor Eröffnung der Tagung zugeleitet. Der Verwahrer übermittelt den Vertragsparteien umgehend Abschriften.

4. Änderungen werden mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Vertragsparteien beschlossen; sie treten für die Vertragsparteien, die sie angenommen haben, sechzig Tage nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem die fünfte Annahmeerkunde in Bezug auf die Änderung beim Verwahrer hinterlegt wurde. Danach treten sie für eine Vertragspartei dreißig Tage nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem ihre Annahmeerkunde in Bezug auf die Änderung beim Verwahrer hinterlegt wurde.

Artikel VIII Vorbehalte

Allgemeine Vorbehalte zu diesem Abkommen sind nicht zulässig. Arealstaaten oder Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration können jedoch, wenn sie nach Artikel X oder XI Vertragspartei werden, einen besonderen Vorbehalt bezüglich einer bestimmten Art von Fledermaus anbringen.

Artikel IX Beilegung von Streitigkeiten

Jede Streitigkeit zwischen Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens wird durch Verhandlungen zwischen den streitenden Vertragsparteien beigelegt.

Artikel X Unterzeichnung, Ratifikation, Annahme und Genehmigung

Dieses Abkommen liegt für Arealstaaten oder Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration zur Unterzeichnung auf; sie können Vertragsparteien werden,

- (a) indem sie es ohne Vorbehalt der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnen oder
- (b) indem sie es vorbehaltlich der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnen und später ratifizieren, annehmen oder genehmigen.

Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden beim Verwahrer hinterlegt.

Dieses Abkommen liegt bis zu seinem Inkrafttreten zur Unterzeichnung auf.

Artikel XI Beitritt

Dieses Abkommen steht Arealstaaten oder Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration nach seinem Inkrafttreten

3. The text of any proposed amendment and the reasons for it shall be communicated to the Depositary at least 90 days before the opening of the meeting. The Depositary shall transmit copies forthwith to the Parties.

4. Amendments shall be adopted by a two-thirds majority of the Parties present and voting and shall enter into force for those Parties which have accepted them 60 days after the deposit of the fifth instrument of acceptance of the amendment with the Depositary. Thereafter, they shall enter into force for a Party 30 days after the date of deposit of its instrument of acceptance of the amendment with the Depositary.

Article VIII Reservations

The provisions of this Agreement shall not be subject to general reservations. However, a Range State or Regional Economic Integration Organisation may, on becoming a Party in accordance with Article X or XI, enter a specific reservation with regard to any particular species of bat.

Article IX Settlement of Disputes

Any dispute which may arise between Parties with respect to the interpretation or application of the provisions of this Agreement shall be subject to negotiation between the Parties involved in the dispute.

Article X Signature, Ratification, Acceptance and Approval

This Agreement shall be open to signature by Range States or Regional Economic Integration Organisations who may become Parties either by:

- (a) signature without reservation in respect of ratification, acceptance or approval; or
- (b) signature with reservation in respect of ratification, acceptance or approval, followed by ratification, acceptance or approval.

Instruments of ratification, acceptance or approval shall be deposited with the Depositary.

This Agreement shall remain open for signature until the date of entry into force of the Agreement.

Article XI Accession

This Agreement shall be open for accession by Range States or Regional Economic Integration Organisations after the date of

3. Le texte de tout amendement proposé et les raisons de l'amendement sont communiqués au Dépositaire au moins 90 jours avant l'ouverture de la réunion. Le Dépositaire adresse aussitôt des copies aux Parties.

4. Les amendements sont adoptés à la majorité des deux tiers par les Parties présentes et votantes et entrent en vigueur pour les Parties qui les ont acceptés 60 jours après le dépôt du cinquième instrument d'acceptation de l'amendement auprès du Dépositaire. Par la suite, ils entrent en vigueur pour une Partie 30 jours après la date de dépôt de son instrument d'acceptation de l'amendement auprès du Dépositaire.

Article VIII Réserves

Les dispositions du présent Accord ne peuvent pas faire l'objet de réserves générales. Cependant, un Etat de l'aire de répartition ou une Organisation d'intégration économique régionale peut, au moment où il devient Partie conformément à l'Article X ou XI, émettre une réserve spécifique en ce qui concerne toute espèce particulière de chauve-souris.

Article IX Règlement des différends

Tout différend qui peut surgir entre les Parties au sujet de l'interprétation ou de l'application des dispositions du présent Accord est réglé par voie de négociation entre les Parties au différend.

Article X Signature, ratification, acceptation et approbation

Le présent Accord est ouvert à la signature par les Etats de l'aire de répartition ou les organisations d'intégration économique régionale qui peuvent en devenir Parties soit:

- (a) par signature sans réserves en ce qui concerne la ratification, l'acceptation ou l'approbation; soit
- (b) par signature avec des réserves en ce qui concerne la ratification, l'acceptation ou l'approbation, suivie d'une ratification, d'une acceptation ou d'une approbation.

Les instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation sont déposés auprès du Dépositaire.

Le présent Accord reste ouvert à la signature jusqu'à la date de son entrée en vigueur.

Article XI Adhésion

Les Etats de l'aire de répartition ou les Organisations d'intégration économique régionale pourront adhérer au présent Accord

zum Beitritt offen. Die Beitrittsurkunden werden beim Verwahrer hinterlegt.

entry into force of the Agreement. Instruments of accession shall be deposited with the Depositary.

après sa date d'entrée en vigueur. Les instruments d'adhésion sont déposés auprès du Dépositaire.

Artikel XII Inkrafttreten

Dieses Abkommen tritt am neunzigsten Tag nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem fünf Arealstaaten nach Artikel X Vertragsparteien geworden sind. Danach tritt es für einen unterzeichnenden oder beitretenden Staat am dreißigsten Tag nach Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

Article XII Entry into Force

This Agreement shall enter into force on the ninetieth day following the date on which five Range States have become Parties in accordance with Article X. Thereafter it shall enter into force for a signatory or acceding State on the thirtieth day after the deposit of its instrument of ratification, acceptance, approval or accession.

Article XII Entrée en vigueur

Le présent Accord entre en vigueur le quatre-vingt-dixième jour après la date à laquelle cinq Etats de l'aire de répartition en sont devenus Parties conformément à l'Article X. Par la suite, il entrera en vigueur pour un Etat signataire ou adhérent le trentième jour après la date de dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion.

Artikel XIII Kündigung und Außerkrafttreten

Jede Vertragspartei kann dieses Abkommen jederzeit durch eine an den Verwahrer gerichtete schriftliche Notifikation kündigen. Die Kündigung wird zwölf Monate nach Eingang der Notifikation beim Verwahrer wirksam. Das Abkommen bleibt mindestens zehn Jahre in Kraft, danach tritt es außer Kraft, sobald ihm nicht mehr mindestens fünf Vertragsparteien angehören.

Article XIII Denunciation and Termination

Any Party may denounce this Agreement by written notification to the Depositary at any time. The denunciation shall take effect 12 months after the date on which the Depositary has received the notification. The Agreement shall remain in force for at least ten years, and thereafter shall terminate on the date on which there cease to be at least five Parties thereto.

Article XIII Dénonciation et cessation

Toute Partie peut, à tout moment, dénoncer le présent Accord par notification écrite adressée au Dépositaire. La dénonciation prendra effet douze mois après la date à laquelle le Dépositaire aura reçu la notification. L'Accord restera en vigueur pendant au moins dix ans et par la suite cesse à la date à laquelle il n'y aura plus au moins cinq Parties à celui-ci.

Artikel XIV Verwahrer

Die Urschrift dieses Abkommens, die in deutscher, englischer und französischer Sprache abgefaßt ist, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird bei der Regierung des Vereinigten Königreichs als dem Verwahrer hinterlegt; diese übermittelt allen Staaten und allen Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration, die das Abkommen unterzeichnet oder Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunden hinterlegt haben, beglaubigte Abschriften.

Der Verwahrer unterrichtet alle Arealstaaten und alle Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration über die Unterzeichnung, die Hinterlegung von Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- und Beitrittsurkunden, das Inkrafttreten dieses Abkommens, Änderungen des Abkommens, Vorbehalte und Kündigungen.

Article XIV Depositary

The original of the Agreement, in English, French and German, each version being equally authentic, shall be deposited with the Government of the United Kingdom, which shall be the Depositary and shall transmit certified copies thereof to all States and any Regional Economic Integration Organisations that have signed the Agreement or deposited instruments of ratification, acceptance, approval or accession.

The Depositary shall inform all Range States and Regional Economic Integration Organisations of signatures, deposit of instruments of ratification, acceptance, approval or accession, entry into force of this Agreement, amendments thereto, reservations and notifications of denunciation.

Article XIV Dépositaire

L'original de l'Accord, en langues anglaise, française et allemande, chaque texte faisant également foi, est déposé auprès du Gouvernement du Royaume-Uni, qui en est le Dépositaire et adresse des copies certifiées conformes dudit Accord à tous les Etats et à toutes les Organisations d'intégration économique régionale qui ont signé l'Accord ou ont déposé des instruments de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion.

Le Dépositaire informe tous les Etats de l'aire de répartition et toutes les Organisations d'intégration économique régionale des signatures, du dépôt d'instruments de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, de l'entrée en vigueur du présent Accord, des amendements qui y sont apportés, des réserves et des notifications de dénonciation.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Abkommen unterschrieben.

Geschehen zu London am vierten Dezember neunzehnhunderteinundneunzig.

In witness whereof, the undersigned, being duly authorised to that effect have signed this Agreement.

Done at London this fourth day of December in the year one thousand nine hundred and ninety-one.

En foi de quoi, les soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont signé le présent Accord.

Fait à Londres, le quatre décembre mil neuf cent quatre-vingt-onze.

Denkschrift zum Abkommen zur Erhaltung der Fledermäuse in Europa

I. Allgemeines

1. Das Bonner Übereinkommen
2. Bedeutung von Regionalabkommen
3. Entstehungsgeschichte des Fledermausabkommens

II. Wesentlicher Inhalt des Abkommens

1. Schutzbereich
2. Maßnahmenkatalog
3. Durchführung
4. Tagung der Vertragsparteien
5. Änderung des Abkommens
6. Unterzeichnung, Ratifikation, Inkrafttreten
7. Beitritt
8. Verwahrer

I. Allgemeines

1. Das Bonner Übereinkommen zur Erhaltung der wandernden wildlebenden Tierarten

Vom 11. bis 23. Juni 1979 nahmen 64 Nationen als Verhandlungspartner sowie mehrere internationale Organisationen als Beobachter an der Konferenz zum Abschluß eines Übereinkommens zur Erhaltung der wandernden wildlebenden Tierarten in Bonn teil.

Sie folgten damit der Empfehlung 32 des Aktionsplans, der von der Konferenz der Vereinten Nationen über die Umwelt des Menschen 1972 in Stockholm angenommen worden ist.

Nach zweiwöchigen Beratungen wurde das Bonner Übereinkommen von 23 Staaten unterzeichnet.

Mittlerweile (Stand: März 1992) haben 39 Staaten das Übereinkommen gezeichnet.

Die Bonner Konvention ist die einzige weltweit angelegte Konvention zum Schutz wandernder wildlebender Tierarten. Sie werden je nach dem Grad ihrer Gefährdung in den Anhang I oder II zum Bonner Übereinkommen aufgenommen:

Anhang I enthält wandernde Arten, die gefährdet sind.

Anhang II enthält wandernde Arten, die sich in einer ungünstigen Erhaltungssituation befinden und für deren Erhaltung, Hege und Nutzung internationale Übereinkünfte erforderlich sind oder die sich in einer Erhaltungssituation befinden, für die eine internationale Zusammenarbeit, die sich durch eine internationale Übereinkunft verwirklichen ließe, von erheblichem Nutzen wäre.

Zahlreiche Tierarten sind aufgrund der Zerstörung ihrer Lebensräume weltweit gefährdet oder gar vom Aussterben bedroht.

Betroffen sind vor allem die wandernden wildlebenden Tierarten, da sich ihr Verbreitungsgebiet nicht auf einen geographisch fest abgrenzbaren Raum bezieht. Um diese Tierarten zu erhalten, verpflichten sich die Vertragsstaaten u. a., bedeutsame Lebensstätten wiederherzustellen, nachteilige Wirkungen von Aktivitäten ernstlich zu er-

schweren oder zu verhindern, zu beseitigen oder zu beschränken. Weiterhin sollen Einflüsse, die die Erhaltung der Arten bedrohen, zurückgeführt werden. Dies soll im Rahmen der Bonner Konvention durch verschiedene „ABKOMMEN“ umgesetzt werden.

2. Bedeutung von Regionalabkommen

Die Umsetzung des Bonner Übereinkommens obliegt den Vertragsparteien.

Artikel IV Abs. 3 sieht für die Arten des Anhangs II vor, daß die Vertragsparteien sich um den Abschluß von „ABKOMMEN“ zum Wohle dieser Arten bemühen sollen. Leitlinien für diese „ABKOMMEN“ enthält Artikel V der Konvention. So soll ein Abkommen etwa alle Gesichtspunkte der Erhaltung, Hege und Nutzung einer Art beinhalten.

Es sollte das gesamte Verbreitungsgebiet erfassen und dem Beitritt aller Arealstaaten offenstehen, auch jenen, welche nicht dem Bonner Übereinkommen beigetreten sind. Diesen sog. Regionalabkommen ist gemeinsam, daß sie neben o. a. Aspekten auch eine koordinierte Forschung der Vertragsstaaten vorsehen. Bis heute existieren zum Teil nur geringe Kenntnisse über die Wanderwege und das Wanderverhalten vieler Tierarten. Es ist daher vorrangige Aufgabe, diese Wissenslücke gemeinsam zu schließen.

Nur durch eine enge internationale Zusammenarbeit ist es möglich, das Problem eines wirksamen Schutzes gefährdeter Arten und damit der Erhaltung unserer natürlichen Umwelt langfristig zu lösen. Mit dem Abschluß von Regionalabkommen können die Vertragsparteien gezielt auf die räumlichen Bedürfnisse der jeweiligen Tierart eingehen und so einen wichtigen Schritt zur gemeinsamen grenzüberschreitenden Verantwortlichkeit gegenüber der Natur tun.

3. Entstehungsgeschichte des Fledermausabkommens

Auf der 1. Vertragsstaatenkonferenz zum Bonner Übereinkommen 1985 wurde die Resolution 1.6 verabschiedet, welche das Sekretariat des Übereinkommens aufforderte, ein Regionalabkommen zur Erhaltung von Fledermäusen in Europa zu entwickeln. Es sollte dabei gemäß der Resolution 1.4 vom Wissenschaftlichen Rat des Übereinkommens fachlich unterstützt werden. Auf einer der folgenden Sitzungen des Wissenschaftlichen Rates wurde vereinbart, daß das Vereinigte Königreich die Entwicklung des Abkommens initiieren sollte. Britische Experten der Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen sowie weitere Wissenschaftler erarbeiteten daraufhin ein Papier „Elements of an Agreement on the Conservation of European Bats.“ Im November 1987 lud die britische Regierung alle Arealstaaten und den Wissenschaftlichen Rat des Bonner Übereinkommens zu einem Treffen nach London ein, um das Abkommen auf der Grundlage dieses Papiers vorzubereiten.

Der Entwurf des Abkommens wurde dann auch im Rahmen der 3. Vertragsstaatenkonferenz im September 1991 in Genf erörtert und schließlich schlußgezeichnet.

Am 5. Dezember 1991 wurde das Fledermausabkommen in London von der Bundesrepublik unterzeichnet.

II. Wesentlicher Inhalt des Abkommens

1. Schutzbereich

Das am 4./5. Dezember 1991 in London unterzeichnete Regionalabkommen schützt die europäischen Populationen der Hufeisennasen (Rhinolophidae) und Glattrnasen (Vespertilionidae), welche im Anhang II zum Bonner Übereinkommen aufgeführt sind.

2. Maßnahmenkatalog

Gemäß Artikel V Abs. 5 der Bonner Konvention in Verbindung mit Artikel III des Abkommens sind folgende Maßnahmen zum Schutz der Fledermäuse vorgesehen.

- Das absichtliche Fangen, Halten oder Töten von Fledermäusen ist verboten, es sei denn, daß aufgrund einer Erlaubnis der zuständigen Behörden eine Ausnahme vorliegt.
- Die Zufluchts- und Schutzstätten der Fledermäuse sind vor Beschädigung oder Beunruhigung zu schützen.
- Die Vertragsparteien verpflichten sich, das öffentliche Bewußtsein für den Stellenwert der Erhaltung von Fledermäusen zu wecken.
- Dem Schutz von Fledermäusen in Gebäuden soll eine besondere Bedeutung zukommen. Eine beratende Betreuung soll in einem geeigneten Gremium stattfinden. Für die Bundesrepublik Deutschland soll dieses Gremium die Bundesforschungsanstalt für Naturschutz und Landschaftsökologie als dem Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit nachgeordnete Stelle sein.
- Ferner sollen alle weiteren notwendigen Maßnahmen ergriffen werden, die geeignet sind, den Bestand von Fledermauspopulationen zu sichern.
- Um die Fledermauspopulationen und ihre Erhaltungssituation umfassend beurteilen zu können, konsultieren die Vertragsparteien einander über Forschungsprogramme und bemühen sich, diese zu koordinieren.
- Weiterhin sollen bei der Beurteilung der Anwendung von Pflanzenschutz- und sonstigen Schädlingsbekämpfungsmitteln deren mögliche Wirkungen auf Fledermäuse geprüft und Holzschutzmittel, die für Fledermäuse hochgiftig sind, durch ungefährlichere Alternativmittel ersetzt werden.

3. Durchführung

Nach Artikel IV beschließt jede Vertragspartei die entsprechenden gesetzgeberischen und Verwaltungsmaßnahmen, um das Abkommen wirksam werden zu lassen. Insbesondere sind zuständige Behörden festzulegen, die die Verantwortung für die Durchführung tragen. Die europäischen Fledermausarten sind bereits durch § 20e Abs. 1 Satz 1 BNatSchG i.V.m. § 1 und Anlage 1 BArtSchV als

besonders geschützt, die heimischen Arten sogar als vom Aussterben bedroht eingestuft. Die Entnahme aus der Natur und die Tötung sind damit verboten. Für die Durchführung zuständige Behörden sind die jeweils zuständigen Landesbehörden. Straf- und Bußgeldvorschriften für den Fall des Verstoßes gegen die genannten Verbote enthalten §§ 30, 30a BNatSchG.

Die Vertragsstaaten haben ferner periodische Berichte über die Maßnahmen vorzulegen.

4. Tagung der Vertragsparteien

Für die Zwecke des Abkommens stellt zunächst die Regierung des Vereinigten Königreichs ein Sekretariat.

Spätestens drei Jahre nach Inkrafttreten des Abkommens beruft sie die erste Tagung der Vertragsparteien ein, die die Durchführung des Abkommens überwacht und evtl. Änderungen beschließt.

5. Änderung des Abkommens

Das Abkommen kann gemäß Artikel VII Abs. 1 auf jeder Tagung der Vertragsparteien geändert werden. Änderungen können von jeder Vertragspartei vorgeschlagen werden.

Diese werden mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Vertragsparteien beschlossen.

6. Unterzeichnung, Ratifikation, Inkrafttreten

Nach Artikel X können bei der Unterzeichnung Vorbehalte hinsichtlich der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung gemacht werden.

Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden beim Verwahrer hinterlegt.

Das Abkommen liegt bis zu seinem Inkrafttreten zur Unterzeichnung auf.

Nach Artikel XII tritt es am neunzigsten Tag nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem fünf Arealstaaten nach Artikel X Vertragsparteien geworden sind.

7. Beitritt

Das Fledermausabkommen steht Arealstaaten oder Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration nach seinem Inkrafttreten zum Beitritt offen. Die Beitrittsurkunden werden beim Verwahrer hinterlegt.

8. Verwahrer

Die Regierung des Vereinigten Königreichs ist Verwahrregierung. Sie unterrichtet alle Arealstaaten und alle Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration über die Hinterlegung von Urkunden, Inkrafttreten oder Änderungen des Abkommens sowie Vorbehalte und Kündigungen.

27.11.92

Stellungnahme

des Bundesrates

zum

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 4. Dezember 1991 zur
Erhaltung der Fledermäuse in Europa

Der Bundesrat hat in seiner 649. Sitzung am 27. November 1992
gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen
den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.